

# Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



## Stockbett, Stockbrot, wilde Nächte

- 100 Jahre Jugendherbergswerk

## Wer sich beteiligt, lernt Demokratie

- DKHW Kinder und Jugendliche haben was zu sagen!

## Beutelsbacher Konsens

- Politisch-historischer Unterricht an allen Schulen

## Eltern fragen – Michael Rux antwortet

- Eltern in der Lehrerkonferenz

## Hochbegabten Kindern auf der Spur

- Interview Julia Schiefer Hector-Institut Uni Tübingen

## Quo vadis Kinder- und Jugendbeteiligung

- Fast 35 Jahre Jugendgemeinderat

## Stärkung der beruflichen Ausbildung

- Neues Ausbildungsbündnis unterzeichnet

## YouTube als Bildungs- und Kulturort

- Studie Rat für kulturelle Bildung

## Inhaltsverzeichnis

<b>Stockbett, Stockbrot, wilde Nächte</b> 100 Jahre Jugendherbergswerk Baden-Württemberg . . . . 3	<b>Als Seiteneinsteiger in den Lehrerberuf</b> Berufserfahrene Uniabsolventen sind in vielen Schulfächern gefragt . . . . . 11
<b>Resolution des Bundeselternrates</b> „Bildung von Anfang an zu Ende denken“ . . . . . 4	<b>Bundeszentrale für politische Bildung</b> Landesweite Studie zur Kinder- und Jugendbeteiligung . . 12
<b>Warum Berufe nicht gewählt werden</b> BIBB-Studie betont Bedeutung der sozialen Anerkennung 5	<b>Eltern fragen – Michael Rux antwortet</b> Eltern in der Lehrerkonferenz . . . . . 13
<b>Deutscher Schulpreis 2019</b> für Gebrüder-Grimm-Schule Hamm . . . . . 6	<b>Quo vadis Kinder- und Jugendbeteiligung?</b> Zum Stand fast 35 Jahre nach Gründung des ersten Jugendgemeinderates . . . . . 14
<b>Wer sich beteiligt, lernt Demokratie</b> Kinder und Jugendliche haben was zu sagen! . . . . . 7	<b>Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung</b> Neues Ausbildungsbündnis unterzeichnet . . . . . 18
<b>Beispiel eines geförderten Projekts</b> Was wünsche ich mir für meinen Stadtteil? . . . . . 8	<b>Hochbegabten Kindern auf der Spur</b> Interview mit Julia Schiefer Uni Tübingen . . . . . 19
<b>Deutsches Kinderhilfswerk</b> Neues PIXI-Buch zum Kinderrecht auf Privatsphäre . . . . 8	<b>Studie</b> Jugendliche nutzen YouTube als Bildungs- und Kulturort. . . . . 21
<b>Digitalpakt für Schulen</b> Pädagogische Konzepte für Digitalisierung erarbeiten . . . 9	<b>Cartoon zum Schluss</b> . . . . . 23
<b>Beutelsbacher Konsens</b> Standard für den politisch-historischen Unterricht an allen Schulen . . . . . 10	<b>Vorsicht Satire!</b> . . . . . 24

Liebe Eltern!

Zweiundzwanzig Monate ist eine Elefantenkuh trächtig. Das ist unangefochtener Rekord im Tierreich. Bei manchen Projekten kann man rückblickend nur sagen: Wäre es doch bei zweiundzwanzig Monaten geblieben – das gilt nicht nur für den Flughafen Berlin Brandenburg oder Stuttgart 21.



Dr. Carsten T. Rees,  
Vorsitzender des  
18. Landeselternbeirats

Seit mittlerweile drei Jahren arbeitet der Landeselternbeirat zusammen mit dem Kultusministerium an einer Handreichung zum Thema „Lernmittelfreiheit“. Nicht etwa, dass wir uns hier auf rechtlich unsicheres Terrain begeben hätten. Ganz und gar nicht! Die rechtlichen Grundlagen sind in unserer Landesverfassung verankert, in der Lernmittelverordnung (LMVO) weiter ausgeführt und die Fragen zur Handhabung spätestens seit dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim vom 23.01.2001 (!!!) abschließend geklärt.

Warum also eine Handreichung zu dem Thema? Nun, ganz einfach: Es halten sich immer weniger Rektoren und vor allem auch Gemeinden an die Lernmittelfreiheit. Beim Landeselternbeirat häufen sich die Anfragen und Beschwerden zum Thema. Dabei sind die Methoden, die Elternrechte auszuhebeln, recht vielfältig und kreativ. Ein Rektor zum Beispiel hat die Geringfügigkeitsgrenze umgedeutet als Selbstbehalt und den mit der Anzahl der im Schuljahr zur Verfügung gestellten Lernmittel multipliziert. Da kann man gut und gerne über 20,- Euro pro SchülerIn und Schuljahr einkassieren. Dieses Verfahren ist natürlich verfassungswidrig und grob rechtsmissbräuchlich. Aber es bleibt an den Eltern hängen, hier die Rechte einzufordern. Manche Rektoren sind dann nicht einmal einsichtig, sondern bleiben bei ihrer rechtswidrigen Praxis. (Herzliche Einladung: Melden Sie uns solche Fälle. Wir werden dann auf die Staatlichen Schulämter und Regierungspräsidien

zugehen, damit diese erreichen, dass sich ihre BeamtInnen an geltendes Recht halten. In besonders groben Fällen behalten wir uns vor, diese Fälle in Schule im Blickpunkt öffentlich darzustellen.)

Aber nicht alleine bei manchen Rektoren gibt es da Probleme, auch in manchen Städten und Gemeinden läuft so manches schief. Besonders eindrücklich ist mir die Schulbürgermeisterin von Mannheim in Erinnerung. Diese Dame hatte mich am Rande einer Veranstaltung auf unsere Aktivitäten zur Lernmittelfreiheit angesprochen und mir vorgeworfen, das sei doch typisch unsolidarisches Verhalten bürgerlicher Gymnasialeltern, so einfach mal ihre verfassungsmäßigen Rechte einzufordern. Mir müsse klar sein, dass es dann eben weniger Schulsozialarbeit gebe. Klassenkampf pur? Nun, auf jeden Fall grob verfassungsfeindlich – solche PolitikerInnen sollte man umgehend aus dem Amt jagen, denn man wünscht sich als BürgerIn dann doch PolitikerInnen, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen.

Wir wären übrigens beinahe im Rahmen der Trächtigkeit der ElefantInnen geblieben. Aber wir wollten zunächst die kommunalen Träger an der Handreichung beteiligen. Die Zusammenarbeit mit dem Städtetag war auch sehr konstruktiv – alleine, zumindest einer der anderen beiden kommunalen Spitzenverbände blockte. Also bleibt es bei einer gemeinsamen Handreichung von Kultusministerium und LEB.

Jetzt sind wir auf der Zielgeraden und zuversichtlich, die Handreichung noch in diesem Schuljahr herausbringen zu können. Wir werden sie dann umgehend auf die Website des LEB stellen und nicht nur ich werde mindestens drei Kreuze schlagen.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten T. Rees

**Impressum:** Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees (ctr) – Redaktionsleitung: Joachim Dufner (jd), Am Feuerbach 13, 77654 Offenburg, Mitarbeiterin: Carmen Haaf (ch). – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: [info@neckar-verlag.de](mailto:info@neckar-verlag.de), Internet-Adresse: [www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de) – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 12,- zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers oder des Verlags. Zuschriften nur an den Koordinator. Die Datenschutzbestimmungen der Neckar-Verlag GmbH können Sie unter [www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de) einsehen.

# Quo vadis Kinder- und Jugendbeteiligung?

## Zum Stand fast 35 Jahre nach Gründung des ersten Jugendgemeinderates

### 1. Einführung:

„Viele Jugendliche sehen in den angebotenen Partizipationsmöglichkeiten nicht die Formen des Handelns, die sie akzeptieren können und die sie für richtig halten.“ – „Die so oft beklagten mangelnden Partizipationsmöglichkeiten sind zwar in einigen Bereichen sicher vorhanden. Man muss sich jedoch vor Augen halten, dass viele Jugendliche sich nicht die Mühe machen, den schweren Weg der Mitbestimmung in den Gremien zu gehen. Andererseits fehlt es vielen sicher auch an der dazu notwendigen Zeit.“ – „Partizipation ist kein Garant dafür, eigene Interessen tatsächlich auch durchzusetzen.“

Diese Zitate stammen aus dem Jahr 1980, aus den Loccumer Protokollen zum Thema „Bedingungen und Möglichkeiten politischer Partizipation Jugendlicher“.

Seit dieser Veröffentlichung sind 39 Jahre vergangen. Das Thema ist heute so aktuell wie damals. Wie kann die Beteiligung der jungen Generation am politischen Geschehen gefördert werden, wie kann sie nachhaltig gelingen? Diese Frage bezeichnet viel mehr als nur ein Anliegen politischer Bildner. Sie markiert eine Grundbedingung für das Funktionieren einer auf Inklusion aller Bürgerinnen und Bürger, auch der jungen Menschen, ausgerichteten Demokratie. Finden sich keine Antworten, besteht die Gefahr, dass ein Gemeinwesen, insbesondere in krisenhaften Entwicklungen, seine Integrationskraft verliert und instabil wird.

Seit Veröffentlichung der Zitate im Jahr 1980 hat sich freilich einiges getan und verändert, sowohl strukturell als auch kulturell. Struktur bezeichnet hier die Regeln, nach denen die Beteiligung der jungen Generation stattfindet, auch die formalen Rechte. Kulturell bezeichnet mehr die Ebene der pädagogischen Qualität, die Art der Auseinandersetzung mit Themen und Problemen.

Insgesamt kann man als ein erstes Zwischenfazit sicher sagen: Die Beteiligung junger Menschen ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Kein seriöser Akteur würde sie ablehnen, viele Formen sind entwickelt worden, viele junge Menschen profitieren von ihnen.

Und dennoch bleibt viel zu tun.

Die Ausweitung und Förderung der politischen Beteiligung junger Menschen bleibt eine schwierige Daueraufgabe in Politik, Verwaltung, Jugendarbeit und Schule. Sie findet unter manchmal schwierigen Bedingungen statt und ist in jedem Fall eine große Herausforderung.

Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für dieses Thema hängt von den Problemanzeigen ab, die die Öffentlichkeit mit der jungen Generation verbindet. Insgesamt kann man sagen: Immer dann, wenn die junge Generation durch Protest oder durch einen Rückzug ins Private oder durch abweichendes Verhalten auffällt, wird auch über eine Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten gesprochen.

Die Debatte um Partizipation ist kein stetiges, kein lineares Geschehen. Immer wieder gibt es einen Rückfall in frühere „Stadien“.

### 2. Fragestellung

Was hat sich in den letzten 39 Jahren getan? Hat sich die Ausgangsanalyse verändert, wenn es um die politische Beteiligung junger Menschen geht? Haben sich die Erwartungen verändert? Sind die Methoden und Instrumente von heute die gleichen oder sind sie vergleichbar mit denen in den 1980er Jahren? Welche Fehler wurden gemacht, und inwiefern kann man aus den gemachten Fehlern lernen? Welche Irrtümer gab es? Wie wird die Debatte um Beteiligung wohl weitergehen, was sollte nicht passieren? Und natürlich gehört auch die Frage dazu: Inwiefern unterscheidet sich die junge Generation von heute von früheren Generationen? Denn, wir alle wissen es: Die eine Jugend gibt es nicht.



Prof. Dr. Michael C. Hermann

### 3. Politische Beteiligung Jugendlicher im wissenschaftlichen Diskurs

Im Zusammenhang mit der politischen Beteiligung Jugendlicher stellen sich Fragen, die mal mehr auf der Makroebene, also auf der Ebene des politischen Systems und der Gesellschaft, und die mal mehr auf der Mikroebene, also im Bereich der politischen Einstellungen und des politischen Handelns des einzelnen jungen Menschen, angesiedelt sind.

Zunächst zur Makroebene.

Politisches Entscheidungshandeln kennt als wichtige Variablen die handelnden Akteure, die Informationen, die diesen zur Verfügung stehen, sowie die Interessen der Betroffenen. Bei den Interessen der Betroffenen sind deren Möglichkeit zu berücksichtigen, sich Gehör zu verschaffen und ihre Positionen durchzusetzen.

Die sich hier auftuende Frage wird in der Literatur gerne und richtigerweise unter dem Aspekt einer möglichen Generationenkluft diskutiert. Die Zahl junger Menschen nimmt im Verhältnis zur Zahl älterer Menschen ab. Hinzu kommt, dass junge Menschen bis zum Erreichen des aktiven Wahlalters keine oder zumindest nur wenige Möglichkeiten haben, auf das politische Geschehen Einfluss zu nehmen. Sollte dann die junge Generation insgesamt weniger von den Möglichkeiten der Partizipation Gebrauch machen, dann entsteht ein für den politischen Diskurs und das politische Entscheidungshandeln relevantes Problem. Hierdurch könnte sich auch die Entscheidungslogik in eine problematische Richtung verändern: Die Interessen Jugendlicher sind stärker mit Qualitäten der Langfristorientierung und der Nachhaltigkeit verbunden, diese fänden weniger starke Berücksichtigung. Die Debatte um die Alterssicherung in Deutschland ist ein Beispiel, an dem die Relevanz der politischen Teilhabe der jungen Generation gut illustriert werden könnte.

An dieser Stelle bieten sich unterschiedliche Lösungsansätze an. Ein Ansatz ist, die Gruppe der jungen Menschen zu vergrößern, die an Wahlen teilnehmen können. Dies ist ja auch in den verschiedenen Bundesländern auf unterschiedliche Art und Weise durch die Absenkung des Wahlalters geschehen. Und auch aktuell wird auf Bundesebene wieder über diese Frage nachgedacht. Die Absenkung des Wahlalters hat zu einer veränderten Positionierung der Parteien im Hinblick auf die von Jugendlichen geforderten Entscheidungen geführt, was aufgrund des demografischen Wandels für das Gesamtsystem sinnvoll ist. Es hat sich gezeigt, dass eine Wahlaltersabsenkung als isolierte Maßnahme nur wenig wirkungsvoll ist. Sie muss durch eine entsprechende Offensive in der politischen Bildungsarbeit, sowohl in der Schule als auch im außerschulischen Bereich und in den Medien, unterstützt werden.

Ein anderer Ansatz wird derzeit kaum mehr diskutiert: ein anwaltschaftliches Wahlrecht für Kinder einzuführen. Konkret meint dies, dass Eltern eine zusätzliche Stimme für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder erhalten würden. Ferner kann ein Ziel sein, die Bereitschaft und die Fähigkeiten der jungen Generation zur Teilhabe zu verbessern, was den Blick auf die politische Bildungsarbeit lenkt. Und dann geht es natürlich auch um eine Veränderung auf der polity-Ebene, also auf der Ebene der gesetzlich definierten Prozesse – mit neuen Gremien und Rechten Jugendlicher. Auch hier hat sich in den letzten 39 Jahren sehr viel getan.

Insbesondere die Veränderungen auf der polity-Ebene sind nicht unumstritten. Besondere Rechte einer Bevölkerungsgruppe auf Teilhabe stehen in einem gewissen Widerspruch zu den Prinzipien der repräsentativen Demokratie. Und eine weitere schwierige Herausforderung stellt sich: Die Anschlussfähigkeit von partizipativ angelegten Prozessen an die normierten Strukturen der Politikdefinition ist eine entscheidende Frage.

Es ist übrigens unzutreffend, dass man sich bei all diesen Fragen vor allem der kommunalen Ebene zuwenden sollte, dass diese sich viel besser für die Mobilisierung politischer Aktivität Jugendlicher eignen würde als andere Ebenen. Das Bild des konzentrischen Weltbilds, wonach sich das jugendliche Interesse zunächst auf die Heimatgemeinde, dann auf Land, Bund, Europa und zuletzt die Welt bezieht, ist aufgrund der massenmedialen Omnipräsenz und des veränderten Mediennutzungsverhaltens so nicht mehr haltbar. Auch aus diesem Grund sollte die Ausweitung von Partizipationsangeboten für Jugendliche auch auf andere Ebenen mit genauso viel Engagement weiterverfolgt werden.

Nun zu den Aspekten auf der Mikroebene:

Eine große Zahl wissenschaftlicher Arbeiten in unterschiedlichen Disziplinen hat sich mit der Frage beschäftigt, inwiefern junge Menschen überhaupt in der Lage sind, sich zu politisch relevanten Themen zu verhalten. Inzwischen ist eindeutig geklärt: Partizipation junger Menschen ist pädagogisch, psychologisch und politikwissenschaftlich sinnvoll und gut zu begründen.

Junge Menschen sind besser in der Lage, über Fragen, die sie unmittelbar betreffen, zu diskutieren und gute Problemlösungen zu finden, als dies allgemein angenommen wird. Jugendliche verfügen über gut ausgebildete fluide Intelligenz, die es ihnen ermöglicht, kreative und angemessene Positionierungen zu politischen Sachfragen einzunehmen. Dagegen ist die kristalline Intelligenz – die auf Vorerfahrungen beruht – geringer. Und dennoch: Jugendliche können als Experten

in eigenen Angelegenheiten verstanden werden und damit wichtige Erkenntnisse zu anstehenden politischen Entscheidungen liefern.

Der entwicklungspsychologische Diskurs geht davon aus, dass sich wichtige politische Prägephasen in der Biografie junger Menschen in frühere Jahre vorverlagert haben. Dies kommt zum Beispiel in der Formulierung „Jugendliche sind heute kleine Erwachsene“ zum Ausdruck. Diese Vorverlagerung hat mit dem massenmedialen Einfluss, der zunehmenden Komplexität der Lebenswelt Jugendlicher, aber auch mit biologischen Reifungsprozessen zu tun.

Mit der Vorverlagerung wichtiger politischer Prägephasen, in denen zentrale politische Einstellungen angelegt werden wie politisches Vertrauen, Wirksamkeit, Zynismus, Partizipationsbereitschaft, wächst grundsätzlich auch die Gefahr von Missperzeptionen. Diese sind deshalb besonders problematisch, weil sich früh erworbene Wirklichkeitskonstruktionen aufgrund des Bestrebens, kognitive Dissonanzen zu vermeiden, als besonders stabil erweisen. Es ist deshalb sinnvoll und erforderlich, frühzeitig Angebote zu machen, die die Entwicklung differenzierter Wirklichkeitskonstruktionen fördern. Dabei müssen die spezifischen Wahrnehmungsmuster Jugendlicher berücksichtigt werden. Dies gilt grundsätzlich auch für die Phasen der frühen Jugend und der späteren Kindheit. Auch hier ist Beteiligung möglich und wirksam, wenn sie in geeigneten Formen stattfindet und auch kontinuierlich geübt wird. Viele Projekte, auch im europäischen Ausland, zeigen dies.

Insgesamt ist heute wissenschaftlich gesichert, dass die frühe Beteiligung von jungen Menschen an allen sie betreffenden Fragestellungen spätere politische Weltbilder und die Bereitschaft zu solidarischem Engagement prägen. Umgekehrt gilt: Hat ein junger Mensch in frühen Jahren Ohnmacht erlebt, wenn es um die Artikulation und Berücksichtigung seiner Meinung geht, so prägt auch dies grundlegende politische Einstellungen wie das Gefühl von Wirksamkeit, von politischer Kompetenz und letztlich die Bereitschaft, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren.

Wenn man über politische Einstellungen Jugendlicher spricht, dann sind drei Einstellungsfelder für die politische Teilhabe von besonderer Relevanz. Es sind das politische Interesse, die politische Wirksamkeit und das Vertrauen in Demokratie und Parteien.

Sie alle kennen das Bild einer angeblich politisch desinteressierten, apathischen jungen Generation. Doch dieses ist, wissenschaftlich betrachtet, mehr ein Zerrbild als eine zutreffende Beschreibung der Realität.

Was man feststellen kann, ist eine Spaltung des politischen Interesses: erstens in eine Dimension, die sich auf das Geschehen auf der politischen Bühne konzentriert, also auf die politics-Dimension von Politik, zweitens in ein politisches Interesse, das sich auf konkrete Sachfragen mit Relevanz für die junge Generation bezieht, also die policy-Dimension.

Die erste Dimension, das sog. konventionelle Interesse, ist bei Jugendlichen – wie auch bei anderen Alterskohorten – über einen langen Zeitraum rückläufig gewesen, erst in jüngerer Zeit scheint es sich etwas zu stabilisieren. Jungen und Jugendliche aus Mittelschichtfamilien weisen insgesamt eine höhere konventionelle Mobilisierung als andere Jugendliche auf. Und dieses Interesse steigt – das gilt für alle Jugendlichen – mit dem Alter an.

Die zweite Dimension, die alternative Mobilisierung, liegt auf einem deutlich höheren Niveau und ist auch in der längs-

schnittlichen Perspektive stabil. Auch zeigen sich hier nicht die zuvor beschriebenen Zusammenhänge zum sozialen Hintergrund und zum Geschlecht der Jugendlichen.

Eine Konsequenz aus diesem Befund ist, dass es sinnvoll ist, konkreten Themen großen Raum in der politischen Partizipation Jugendlicher einzuräumen. Dies unterstützt die Mobilisierung des politischen Interesses Jugendlicher.

Dass das Konkrete in der politischen Partizipation so viel attraktiver ist als das Abstrakte und Grundsätzliche hat mit dem Wunsch der Jugendlichen nach politischer Wirksamkeit und mit deren zeitlichem Horizont zu tun.

Beim Aspekt des Vertrauens muss man differenzieren. Hier tut sich eine Kluft zwischen dem Vertrauen und der Unterstützung für die Demokratie an sich einerseits und für die politischen Parteien andererseits auf. Parteien, so formuliert Klaus Hurrelmann, „werden als gut geschmierte Apparate wahrgenommen, auf die man von außen keinen Einfluss nehmen kann“. Dagegen ist die Zustimmung zur Demokratie groß und hat sich in den letzten 20 Jahren sogar noch verbessert.

#### 4. Welche Formen sind die richtigen?

Wenn man diese grundsätzlichen Überlegungen nun berücksichtigt, müsste sich doch konkret sagen lassen, wie politische Beteiligung Jugendlicher am besten gelingt.

Leider haben sich diese Hoffnung und diese Erwartung – trotz vieler Fachtagungen zu Best-practice-Beispielen – nicht erfüllt. Gelingende politische Beteiligung gerade in Kommunen hängt immer von den örtlichen Gegebenheiten, von den dortigen Akteuren, der politischen Agenda, den Vorerfahrungen, letztlich von vielen kulturellen Faktoren ab, die zu benennen und zu beschreiben nicht einfach ist. Was in einer Gemeinde gut funktioniert, muss in einer anderen nicht notwendigerweise erfolgreich sein. Was wir heute können, ist Gelingensfaktoren zu identifizieren. Dass es die idealtypischen, überall, zu jeder Zeit und kontinuierlich funktionierenden Modelle nicht gibt, verursacht eine große Kraftanstrengung, die immer wieder geleistet werden muss.

Politische, auch kommunalpolitische, Akteure denken in Strukturen. Es ist eine naheliegende Frage: In welchen Strukturen soll Partizipation Jugendlicher verwirklicht werden? Dieser Aspekt ist sicher wichtig. Dennoch, das zeigt die Erfahrung mit über 30 Jahren Jugendparlamenten in Baden-Württemberg sehr deutlich: Es wäre zu kurz gesprungen, nur über die Form der Institutionalisierung nachzudenken. Institutionalisierung alleine ist kein Kriterium für die Nachhaltigkeit und Stabilität politischer Beteiligung. Im Gegenteil: Konzeptionell nicht optimale Formen leiden mitunter darunter, dass sie aufgrund ihrer Institutionalisierung starr und unflexibel sind und damit die dynamischen Veränderungen in den Bedürfnissen und Interessen der jungen Generation nicht gut aufnehmen können.

Politische Beteiligung Jugendlicher kann dann vorangebracht werden, wenn Institutionalisierung und die kulturelle Dimension zusammenkommen. Ein Beispiel hierfür ist die in verschiedenen Bundesländern vollzogene Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Auch hier zeigt sich, dass eine nachhaltige Mobilisierung junger Menschen davon abhängt, dass die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten durch politische Bildungsarbeit unterstützt wird. Hierzu hat man in Baden-Württemberg viele Ideen entwickelt und viel Energie eingesetzt.

Sicher nützlich war es, durch den § 41a der Gemeindeordnung Impulse in Richtung der Gemeinden zu geben, Jugendliche in geeigneter Weise zu beteiligen. Hier ist unter anderem geregelt: „Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten.“

An dieser Stelle möchte ich einige Gelingensfaktoren zusammenfassen, die sich aus dem wissenschaftlichen Diskurs ergeben: Beteiligungsmodelle sollten schon möglichst früh greifen und für alle Altersgruppen gemacht werden. Eine Institutionalisierung des Beteiligungsangebots sollte mit Bildungsangeboten oder Angeboten der Jugendarbeit einhergehen, dabei erhöhen intensive Face-to-face-Kontakte Attraktivität und Wirksamkeit. Die Beteiligungsformen sollten dynamisch angelegt werden, Veränderungen müssen möglich sein. Wenig sinnvoll ist es, Formen, die anderswo erfolgreich waren, zu kopieren. Die Komplexität von Politik sollte nur so weit wie unbedingt erforderlich reduziert werden.

#### 5. Wo stehen wir jetzt?

1985 wurde der erste Jugendgemeinderat in Weingarten eingerichtet. Dies war der Ausgangspunkt für eine landesweit geführte Diskussion über die Beteiligung junger Menschen.

In den ersten Jahren der Erfahrung mit Jugendgemeinderäten gab es deutliche Hinweise, dass gerade die verfassten Formen der Beteiligung Jugendlicher vor allem männliche Jugendliche aus Mittelschichtfamilien mit höherer formaler Bildung und vergleichsweise positiven politischen Einstellungen ansprechen.

Dies ist zunächst auch nicht verwunderlich, weil die Partizipationsbereitschaft von positiven politischen Attitüden abhängt, die wiederum mit der Zugehörigkeit zu einer Mittelschicht korrelieren. Dieser Sachverhalt hat zu einiger Kritik an den Jugendgemeinderäten und anderen stark formalisierten Formen geführt. Sie ist in den Jahren danach aber gut aufgenommen worden, die vorhandenen Methoden wurden weiterentwickelt, so dass nun Jugendliche aus bildungsfernen Schichten, Mädchen und Jugendliche mit Migrationshintergrund besser erreicht werden können.

Eine Konsequenz aus dieser Debatte war auch, dass nicht institutionalisierte, offene und projektartige Formen der Beteiligung junger Menschen mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Auch diese können sehr wirksam sein, sowohl was Politikergebnisse als auch was politisches Lernen betrifft. Ich sehe als einen großen Fortschritt, dass die Partizipationslandschaft in diesem Land eine bunte geworden ist. Auch hat sich hier die Zusammenarbeit mit der offenen und verbandlichen Jugendarbeit bewährt. Vielerorts sind sie hier ein ganz wichtiger Partner.

#### 6. Herausforderungen?

39 Jahre nach der Veröffentlichung der eingangs erwähnten Loccumer Protokolle und fast 35 Jahre nach Gründung des ersten Jugendgemeinderates in Baden-Württemberg zeigen sich deutlich die Herausforderungen, die bleiben:

Da ist zum einen der Aspekt Stetigkeit: Auf einmal geschaffenen Beteiligungsmodellen darf man sich nicht ausruhen. In der Politik gilt der Satz „Nach der Wahl ist vor der Wahl“. So

ähnlich ist es auch hier: Gelingende Partizipation muss sich weiterentwickeln, ist dynamisch, weil sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ständig ändern und damit auch die jungen Menschen.

Mit dieser Unsicherheit müssen die kommunalen Akteure leben können. Das Scheitern eines konkreten Beteiligungsangebots ist keine Katastrophe, sondern nur ein Beleg dafür, dass sich die Bedingungen verändert haben.

Zum anderen ist das Problem der sozialen Segregation weiterhin von Relevanz. Konsequenter sollte das Ziel verfolgt werden, Jugendliche aus bildungsfernen Milieus zu erreichen.

Schwierig bleibt auch die politische Beteiligung in Räumen, die prinzipiell und strukturell beteiligungsfern angelegt sind. Gerade im schulischen Kontext stehen die Partizipationsrechte Jugendlicher in einem schwierigen Spannungsfeld, das durch Elternrechte, staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag und Rechte der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer definiert ist.

Hier wird es auch weiterhin darauf ankommen, die Lehrerinnen und Lehrer zu sensibilisieren und ihnen Kompetenzen zu vermitteln. Auch dies bleibt eine Daueraufgabe.

Weiter diskutiert werden muss das Problem der strukturellen Anknüpfung. Besondere Rechte einer Bevölkerungsgruppe stehen in einem Widerspruch zu Prinzipien der repräsentativen Demokratie. Die Anschlussfähigkeit von partizipativ angelegten Prozessen an die gesetzlich normierten Strukturen der Politikdefinition ist nach wie vor nicht vollständig geklärt. Auch die Normierung der Beteiligungsrechte in der Gemeindeordnung hat hier letztlich keine Klarheit gebracht. Systemtheoretisch gesehen kann sich das tendenziell überforderte

politische System durch Partizipation Betroffener entlasten, denn: Partizipation ist als Versuch einer Komplexitätsreduktion zu sehen. Wird allerdings die dadurch stattfindende Irritation zu groß und die Entlastung zu klein, tendiert das System dazu, Partizipation zu inszenieren. Kritiker sprechen gerne von Alibifunktion oder von einer Spielwiese. Diese Gefahr muss sorgfältig im Auge behalten werden.

*Prof. Dr. Michael C. Hermann  
post@michaelhermann.de*

## **Prof. Dr. Michael C. Hermann**

*Studium von Rechts-, Sozial-, Politik- und Medienwissenschaft in Konstanz, Salzburg und Weingarten,*

*Diplom-Verwaltungswissenschaftler,*

*Promotion über Jugendgemeinderäte,*

*Habilitation über „Politische Weltbilder Jugendlicher in der Mediendemokratie“.*

*Nach dem Studium zunächst Hörfunkkorrespondent für SWR, ORF und Radio Vatikan, dann Hochschullehrer an deutschen und russischen Universitäten.*

*Seit 2011 außerplanmäßiger Professor für Soziologie/Politik an der PH Weingarten.*

*Hauptberuflich im Kultusministerium zuständig für Religionsangelegenheiten/Staatskirchenrecht.*

## *Glossar*

### **„Quo vadis Kinder- und Jugendbeteiligung?“ – S. 14ff –**

<i>Partizipation</i>	<i>Teilhabe, Teilnahme, Beteiligtsein</i>
<i>Loccumer Protokolle</i>	<i>Die Evangelischen Akademie Loccum dokumentiert ihre Tagungen in Form der sog. Loccumer Protokolle.</i>
<i>Inklusion</i>	<i>Einschluss</i>
<i>Integration</i>	<i>Einbeziehung in ein größeres Ganzes</i>
<i>Omnipräsenz</i>	<i>jederzeitige Anwesenheit</i>
<i>Missperzeption</i>	<i>Fehlwahrnehmung, Sinnestäuschung</i>
<i>Kognitive Dissonanz</i>	<i>bezeichnet in der Sozialpsychologie einen als unangenehm empfundenen Gefühlszustand</i>
<i>Institutionalisierung</i>	<i>Ein Prozess, in dessen Verlauf Handlungen sowie die Handelnden selbst in ihrem Verhalten typisiert, normiert und damit auf längere Zeit festgeschrieben werden.</i>
<i>Attitüde</i>	<i>zum Ausdruck gebrachte innere Haltung, Einstellung</i>
<i>soziale Segregation</i>	<i>bezeichnet den Vorgang der Entmischung von unterschiedlichen sozialen Elementen in einem sozialen Beobachtungsgebiet.</i>
<i>Komplexitätsreduktion</i>	<i>ist eine Selektion der tatsächlich in der Umwelt auftretenden und wahrnehmbaren Informationen, die sowohl von Lebewesen vorgenommen wird als auch bei sozialen Systemen auftritt.</i>

**Unsere Internetpräsenz finden Sie unter: [www.leb-bw.de](http://www.leb-bw.de)**

# Der 18. Landeselternbeirat

## Geschäftsstelle des LEB

Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/741094, Telefax 0711/741096, Mail: [info@leb-bw.de](mailto:info@leb-bw.de)

## Geschäftsführender Vorstand:

**Vorsitzender:** Dr. Carsten T. Rees  
**Stellv. Vorsitzende:** Matthias Fiola, Petra Rietzler, Friedrich-Wilhelm Behrens  
**Kassenwart:** Dr. Matthias Zimmermann  
**Stellv. Kassenwartin:** Sigrid Maichle  
**Schriftführerin:** Carmen Haaf

	Regierungsbezirk Freiburg	Regierungsbezirk Karlsruhe	Regierungsbezirk Stuttgart	Regierungsbezirk Tübingen
<b>Grundschule</b>	Sandra Hans Mail: <a href="mailto:hans@leb-bw.de">hans@leb-bw.de</a>	Katrin Ballhaus Mail: <a href="mailto:ballhaus@leb-bw.de">ballhaus@leb-bw.de</a>	Doreen Halm Mail: <a href="mailto:halm@leb-bw.de">halm@leb-bw.de</a>	Marc Scheerle Mail: <a href="mailto:scheerle@leb-bw.de">scheerle@leb-bw.de</a>
<b>Gemeinschafts- schule</b>	Petra Rietzler Mail: <a href="mailto:rietzler@leb-bw.de">rietzler@leb-bw.de</a>	Nicole Nicklis Mail: <a href="mailto:nicklis@leb-bw.de">nicklis@leb-bw.de</a>	Ulrich Kuppinger Mail: <a href="mailto:kuppinger@leb-bw.de">kuppinger@leb-bw.de</a>	Sabine Buchmann-Mayer Mail: <a href="mailto:buchmann-mayer@leb-bw.de">buchmann-mayer@leb-bw.de</a>
<b>Werkrealschule/ Hauptschule</b>	Gabriele Hils Mail: <a href="mailto:hils@leb-bw.de">hils@leb-bw.de</a>	Mathias Fey Mail: <a href="mailto:fey@leb-bw.de">fey@leb-bw.de</a>	nicht besetzt	Norbert Hölle Mail: <a href="mailto:hoelle@leb-bw.de">hoelle@leb-bw.de</a>
<b>Realschule</b>	Jutta Luem-Eigenmann Mail: <a href="mailto:luem-eigenmann@leb-bw.de">luem-eigenmann@leb-bw.de</a>	Carmen Haaf Mail: <a href="mailto:haaf@leb-bw.de">haaf@leb-bw.de</a>	Manuela Afolabi Mail: <a href="mailto:afolabi@leb-bw.de">afolabi@leb-bw.de</a>	Dieter Schmoll Mail: <a href="mailto:schmoll@leb-bw.de">schmoll@leb-bw.de</a>
<b>Gymnasium</b>	Dr. Carsten Thomas Rees Mail: <a href="mailto:rees@leb-bw.de">rees@leb-bw.de</a>	Dr. Matthias Zimmermann Mail: <a href="mailto:zimmermann@leb-bw.de">zimmermann@leb-bw.de</a>	Anja Wild Mail: <a href="mailto:wild@leb-bw.de">wild@leb-bw.de</a>	Stephan Ertle Mail: <a href="mailto:ertle@leb-bw.de">ertle@leb-bw.de</a>
<b>Sonderpäd. Bil- dungs- und Bera- tungszentren</b>	Friedrich-Wilhelm Behrens Mail: <a href="mailto:behrens@leb-bw.de">behrens@leb-bw.de</a>	Natali Mayer Mail: <a href="mailto:mayer@leb-bw.de">mayer@leb-bw.de</a>	Nancy Ohlhausen Mail: <a href="mailto:ohlhausen@leb-bw.de">ohlhausen@leb-bw.de</a>	nicht besetzt
<b>Berufsschule</b>	Heike Stöckmeyer Mail: <a href="mailto:stoeckmeyer@leb-bw.de">stoeckmeyer@leb-bw.de</a>	Michael Th. Schäfer Mail: <a href="mailto:schaefer@leb-bw.de">schaefer@leb-bw.de</a>	Dunja Recht Mail: <a href="mailto:recht@leb-bw.de">recht@leb-bw.de</a>	Matthias Fiola Mail: <a href="mailto:fiola@leb-bw.de">fiola@leb-bw.de</a>
<b>Berufliches Gymnasium</b>	Joachim Dufner Mail: <a href="mailto:dufner@leb-bw.de">dufner@leb-bw.de</a>	Daniel Kappius-Kralik Mail: <a href="mailto:kappius-kralik@leb-bw.de">kappius-kralik@leb-bw.de</a>	Sabine Wassmer Mail: <a href="mailto:wassmer@leb-bw.de">wassmer@leb-bw.de</a>	Sigrid Maichle Mail: <a href="mailto:maichle@leb-bw.de">maichle@leb-bw.de</a>
<b>Schulen in freier Trägerschaft</b>	Astrid Egerer Mail: <a href="mailto:egerer@leb-bw.de">egerer@leb-bw.de</a>			

## Vorsicht Satire!

### Prokrastination (Pro·kras·ti·na·ti·on)

„Hast du deine Hausaufgaben schon gemacht?“, hört man täglich in vielen Familien.

„Mach ich gleich“, ist oft die Antwort oder „Brauche ich erst für nächste Woche“.

Kennen Sie das? Ihr Sohn schreibt in drei Tagen eine Klassenarbeit, die sehr wichtig ist für seine Zeugnisnote, und Sie fragen ganz freundlich, ob er schon gelernt hat. Er explodiert und faucht, er werde das schon noch machen, er habe ja noch Zeit und zudem habe er alles im Griff, er könne das selbst sehr gut. Am Tag vor der Klassenarbeit sitzt er dann schwitzend an seinem Schreibtisch und sieht sehr gestresst aus, hat keine Zeit zum Essen und abends möchte er noch länger aufbleiben, um noch etwas zu lernen. Ist das nun ein „normales“ Verhalten der „Aufschieberitis“ oder eine noch nicht optimal entwickelte Fähigkeit, die Zeit für die Erledigung von Aufgaben genau einschätzen zu können?

Ist das ein typisches Verhalten von Schülerinnen und Schülern sowie jungen Erwachsenen oder kommt dies auch bei Erwachsenen/bei den Eltern vor? Kennen Sie das? Vor wichtigen Aufgaben/Tätigkeiten haben Sie extrem Lust Ihre Fenster zu putzen oder sonstige Dinge zu erledigen, welche sonst nicht zu Ihren Lieblingsaufgaben gehören ...

Ist das schon eine krankhafte Störung? Also eine „Prokrastination“ (lateinisch *procastinare* „vertagen“, Zusammensetzung aus *pro* „für“ und *crastinum* „morgen“) auch „extremes

*Aufschieben“, welches durch ein unnötiges Vertagen des Beginns oder durch Unterbrechen von Aufgaben gekennzeichnet ist, sodass ein Fertigstellen nicht oder nur unter Druck zustande kommt. Umgangssprachlich wird von „Bummelei“, „Aufschieberitis“ oder „Drückebergeritis“ gesprochen. Dies geht oft mit einem Leidensdruck einher. Die Störung wird insbesondere bei Personen beobachtet, die überwiegend selbstbestimmt arbeiten, wie z. B. Studenten, Anwälte, Journalisten und Lehrer. Betroffene leiden meist dauerhaft darunter und berichten teilweise, bereits zu Schulzeiten Probleme gehabt zu haben, die sich in ihrem späteren Berufs- und Privatleben fortgesetzt haben.*

Oder ist das einfach eine normale Strategie, schwierige Aufgaben anzugehen, und jeder macht dies mehr oder weniger stark?

Wie dem auch sei ... Schauen wir bei uns und unseren Kindern, dass sich das Verschieben in Grenzen hält und freuen wir uns: In wenigen Tagen beginnen die Ferien und da sollte alles problemlos zu erledigen sein...

In diesem Sinne: Schöne Ferien!

jd

<https://www.uni-muenster.de/Prokrastinationsambulanz/prokrastination.html>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Prokrastination>

# Schule im Blickpunkt

## Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

gut und aktuell  
informiert durch's Schuljahr  
für nur € 12,-



**Schule im Blickpunkt** informiert engagierte Eltern und Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch **Schule im Blickpunkt** viele Hilfestellungen, Einblicke in diverse schulrelevante Themengebiete sowie Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Abonnieren Sie **Schule im Blickpunkt** als Schule oder Elternbeirat für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z. B. auch über Sponsoring geschehen.

Bleiben Sie informiert: Sofern Sie noch nicht zum Abonnenten- oder Empfängerkreis gehören, empfehlen wir Ihnen als interessierte Eltern, sich diese Zeitschrift für den eigenen persönlichen Gebrauch zu abonnieren.

[Bestellcoupon ausfüllen und senden an:](#)

**Neckar-Verlag GmbH** • D-78045 Villingen-Schwenningen  
Telefon +49 (0) 7721/8987-0 • Fax -50 • E-Mail: [bestellungen@neckar-verlag.de](mailto:bestellungen@neckar-verlag.de) • Internet: [www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de)

**Bestellcoupon**

Hiermit bestelle ich auf Rechnung (zzgl. Versandkostenanteil)

\_\_\_ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Jahresabonnement** € 12,-  
\_\_\_ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Leseexemplar** € ---

### Schule im Blickpunkt

- erscheint sechsmal jährlich
- 1. Ausgabe eines Jahrganges erscheint zum Schuljahresanfang

Jahresabonnement € 12,-  
Einzelpreis € 2,50  
jeweils zzgl. Versandkosten

Meine Anschrift

Kd.-Nr.:

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift

**Widerrufsrecht bei Bestellungen:** 14 Tage. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (schriftlich).  
**Datenschutz:** Ihre Daten speichern wir zur Geschäfts- und Bestellabwicklung und um Sie über unsere Neuheiten im Bereich Schule per Post zu informieren.  
Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter [www.neckar-verlag.de](http://www.neckar-verlag.de).